01 / 2017

julimagazin

Christian Lindner im Interview

So soll NRW das fortschrittlichste Bundesland werden

Weltbeste Bildung für NRW

Modernisierung, Individualisierung und Informatik

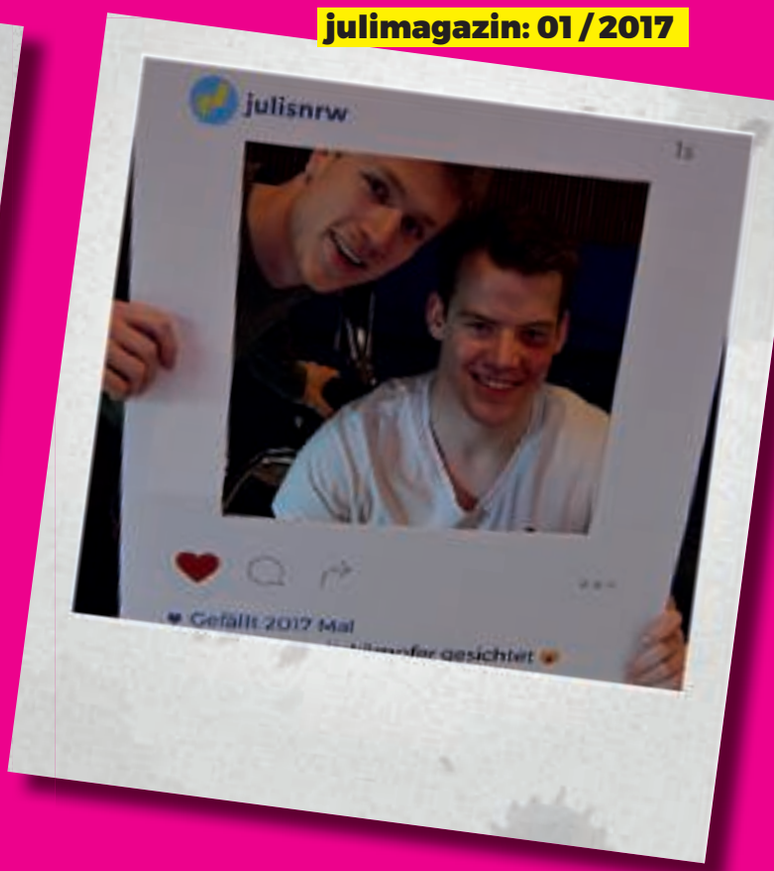
Bildquelle: PolaRocket / photocase.de

„Zum Start“
02 Impressionen LaKo
Inhaltsverzeichnis
03 Vorwort, Impressum

„Zum Thema“
04 Schaffen wir Begeisterung für die Europäische Union!
06 Individualisierung, Modernisierung und Informatik: Was in NRW besser werden muss
08 Mit der dualen Berufsausbildung die Mitte stärken

„Aus dem Verband“
10 Christian Lindner an der Universität – Das Erfolgskonzept Anfang 2017
12 Ich will noch n bisschen tanzen! JuLi-Forderung im Landtagswahlprogramm der FDP NRW
15 Autorenaufruf
16 Seite der Verbände

„Interview“
18 Interview Christian Lindner
20 Interview Moritz Körner
22 Im Gespräch mit Alexander Brockmeier



Liebe JuLis,

alles neu macht der Mai! Ich kann die Landtagswahlen kaum erwarten, und ich denke, dass es euch dabei nicht anders geht. In NRW gibt es viel zu tun – gerade die Bildungslandschaft spielt dabei eine große Rolle. Dass ihr das genauso seht, habe ich beim Zusammenstellen dieser Ausgabe festgestellt: Gleich zwei Autoren haben sich mit der (Aus-)Bildung in Nordrhein-Westfalen auseinandergesetzt!
Aber nicht nur darum geht es in dieser Ausgabe. Philipp hat sich mit der Europäischen Union beschäftigt und Florian einen Artikel zu den verschiedenen Veranstaltungen mit Christian Lindner an den Universitäten geschrieben. Und wo wir schon bei Christian Lindner sind: Ihr könnt in diesem julimagazin ein Interview mit ihm lesen! Aber das war mir noch nicht genug für diese Ausgabe. Ich habe außerdem Alexander Brockmeier, unseren zweiten Spitzenkandidaten nach Moritz Körner zur Landtagswahl, interviewt und ihr könnt erfahren, was seine Herzensthemen für den Landtagswahlkampf sind.
Bei der Landtagswahl wird es um eins gehen: Inhalte. Deshalb hat Teresa noch einmal die Forderungen der JuLis NRW im FDP-Landtagswahlprogramm zusammengefasst. Nach dem Lesen dieser Ausgabe seid ihr also perfekt auf den Wahlkampf vorbereitet!

Viel Spaß bei der Lektüre!

Eure

Benita

IMPRESSUM

junge liberale Nordrhein-Westfalen

Herausgeber und Verlag
Junge Liberale Landesverband NRW e.V.
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf
Telefon (0211) 4925185
julimagazin@julis-nrw.de

Chefredaktion / V.i.s.d.P.
Benita Henning (benita.henning@julis-nrw.de)

Redaktion
Phillip Becker, Alexander Brockmeier, Benita Henning, Robin Hölter, Jan Klein, Florian Kluge, Moritz Körner, Christian Lindner, Philipp Oberberg, Teresa Widlok, Marc Wilkowski

Fotos
photocase.com, Design.Sorgenfrei. UG (haftungsbeschränkt)

Gestaltung
Design.Sorgenfrei. UG (haftungsbeschränkt), Bochum

Druck
Design.Sorgenfrei. UG (haftungsbeschränkt), Bochum

Das julimagazin ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im julimagazin abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Schaffen wir Begeisterung für die Europäische Union!

Fast ein Jahr ist es her, dass die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die Europäische Union zu verlassen, bei den einen tiefe Bestürzung und bei den anderen große Freude hervorgerufen hat. Die Regierung ihrer Majestät hat dies nunmehr formell notifiziert und zugleich ihre Absicht auf einen harten »Brexit« unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Dort, wo einige gerne Hillary Clinton sähen, hat ein quereingestiegener Dauer-Twitterer mit mal mehr, mal weniger großer Liebe zur Wahrheit und diplomatischen Geschick platzgenommen, der ebenfalls seinen Standpunkt zur Europäischen Union deutlich gemacht hat. Andere Mitgliedsstaaten, auch wenn sie nicht explizit mit dem Gedanken des Austritts spielen, stellen sich offensiv gegen die Union. Schon werden Nachrufe auf die Union, die jetzt ja wohl endgültig erledigt ist, gehalten, bald wird sie eine ganz kümmerliche Existenz in den Geschichtsbüchern und Drama-Dokumentationen fristen. Der offene Wahlkampf um die Präsidentschaft des Europäischen Parlaments, die Lobpreisungen für die EU und Mahnung vor den Nationalisten scheidender Politiker wirken da wie ein letztes Aufbäumen der Berufseuropäer, ein verzweifelter Versuch, das Scheinwerferlicht fern von all den Problemen an den Rändern wieder auf Brüssel, auf vergangene glamouröse Zeiten zu richten.

Doch die Union ist nicht aufgegeben, das Projekt Europa nicht gescheitert. Gerade diese Schwierigkeiten zeigen, wie wichtig eine geeinte Union für die Zukunft der Völker Europas in Frieden, Freiheit und Wohlstand ist. Es liegt an uns jungen Menschen, diese Errungenschaften zu bewahren und das Projekt Europa voranzubringen. Aber, wird man einwenden, wird es nicht, nachdem dieser Ansporn, diese dauernde Beschwörung eines neuen europäischen Geistes offenkundig so grandios gescheitert ist, an der Zeit, neue Wege zu beschreiten? Der Kern Europas sei die freiwillige, weil für alle Beteiligten vorteilhafte, vor allem wirtschaftliche Kooperation, hört man verschiedenerseits. Sollten wir uns also von der Idee eines europäi-

schen Bundesstaates verabschieden, um wenigstens ein Mindestmaß an europäischer Zusammenarbeit zu sichern?

Nein, diesen Weg sollten wir nicht einschlagen, denn wir würden den Versuchen, kommen sie von innen oder von außen, die Europäische Union zu destabilisieren, Vorschub leisten, und hätten am Ende nur verloren. Genau das müssen wir verhindern, und nie müde werden, uns immer wieder daran zu erinnern, wofür Europa, wofür die Europäische Union, fern von einer vermeintlichen überbordeten Brüsseler Bürokratie, steht. Die europäische Integration steht für die Aussöhnung zwischen den Nationalstaaten, für das Mit- statt Gegeneinander, für gemeinsame Ziele und Werte.
Die Union sichert nicht nur seit Jahrzehnten den Frieden in Europa, sondern fördert insbesondere erfolgreich Wohlstand und Freiheit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wir haben freien Waren- und Kapitalverkehr, können von einem Land ins andere ohne lange Grenzkontrollen reisen, gemeinsame Standards garantieren Sicherheit und Unbedenklichkeit unserer Konsumgüter, Bildungsabschlüsse des einen Bildungssystems sind mit solchen eines anderen vergleichbar, und vieles mehr, heutzutage Selbstverständliches, würde es ohne die Union nicht geben. Und sollte doch einmal ein Staat auf europäisches Recht oder gar den Kern der Europäischen Union pfeifen, muss er sich einem empfindlichen Gerichtsverfahren stellen. Indes, die Union wirkt nicht nur nach innen. Sie verteidigt unsere Werte, unsere Freiheit gegen die Feinde von außen, und trägt erheblich zum Frieden in der gesamten Welt bei. Insbesondere bei einem sich zurückziehenden amerikanischen Verbündeten werden diese Aufgaben in den kommenden Jahren noch wichtiger werden.

Sicher ist aber auch, dass in der Union noch längst nicht alles wie gewollt läuft. Doch liegt dies nicht an einer Fehlinterpretation der europäischen Idee, sondern vorrangig an dem mangelnden Willen der Nationalstaaten, die europäische Ebene mit den tatsächlich erforderlichen Kompetenzen auszustatten. Dem vielbeschworenen Demokratiedefizit entledigt man sich nicht durch die Flucht ins Nationale, sondern löst es, indem man die demokratische Legitimation des europäischen Gesetzgebers stärkt. Die Europäische Union betreibt keine Homogenisierung, sie verdrängt keine nationalen Kulturen und Eigenheiten, sondern erweitert die Möglichkeiten und Freiheiten in einem bislang nie gekannten Ausmaß. Doch, um es an einem Beispiel zu verdeutlichen, sind die Grenzbäume nicht nur für Urlauber, sondern auch für Straftäter weggefallen, und in einem nächsten Schritt muss zwangsläufig eine grenzüberschreitende Sicherheits- und Ermittlungsinfrastruktur entstehen. Stattdessen wird, mit Verweis auf nationale Souveränität und Sicherheit, die Rücknahme dieser Freiheiten gefordert. Der Gegenvorschlag ist so einfach wie altbekannt: lassen wir uns diese Errungenschaften, und übergeben wir der Union die Mittel, diese auch zu sichern. In der Abwägung muss es heißen: im Zweifel für die Freiheit!

Genau das sollten wir als Liberale und überzeugte Europäer in der kommenden Zeit beherzigen! Wir dürfen nicht müde werden, in der politischen Auseinandersetzung für unsere Überzeugungen einzutreten, und die antieuropäischen und nationalistischen Bestrebungen, die Freiheit und Offenheit zur neuen Gefahr für Sicherheit und Anstand propagieren, als das zu bezeichnen, was sie sind: Eine Bedrohung für die offene Gesellschaft, für den Frieden und auch für die Sicherheit in Europa. Das bedeutet nicht, unliebsame Meinungen aus dem demokratischen Diskurs zu verstoßen, sondern ihnen lautstark entgegenzutreten. Machen wir aus 2017 ein gutes Jahr für Europa! Schaffen wir Begeisterung für all die wunderbaren Dinge, die es ohne die Union nicht gäbe!

Philipp Oberberg (18)
ist Student der Rechtswissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, und Beisitzer im Ortsvorstand der JuLis Moers. Erreichen könnt ihr ihn unter philippoberberg@gmail.com.

Individualisierung, Modernisierung und Informatik:

Was in NRW besser werden muss

Schulen in NRW, ein Trauerspiel. Die Bildungspolitik hierzulande hat für ein Sinken der Bildungsstandards gesorgt. Marode Gebäude, Lehrerengpässe, entfallene Schulstunden, nicht individualisierter Unterricht sind massive Probleme dieses Landes. Doch beim Thema Digitalisierung sieht es noch schlimmer aus…

„Heute gehen wir in den Computerraum!", ein Satz, der bei Schülern für pure Euphorie sorgt. Dabei sollte das Arbeiten mit Computern doch eine Selbstverständlichkeit sein, schließlich haben sie schon längst einen Platz in unser aller Leben gefunden. Ohne das Internet funktioniert nichts, auch in der Arbeitswelt, denn spätestens dort wird für viele der Umgang mit PCs und Programmen zum Alltag. Warum also die Euphorie? Es ist doch vielmehr eine erschreckende Tatsache, dass es für viele Schüler etwas Besonderes ist, wenn man mit dem PC arbeitet. Dass der Umgang mit Computern dennoch komplizierter für viele zu sein scheint, als der Laie denkt. Durchschnittlich verbringen deutsche Jugendliche ca. 200 Minuten, also 3 Stunden und 20 Minuten pro Tag im Internet, doch die Quantität sagt nichts über die Qualität aus. Für viele ist genau das ein Problem und viele hinterfragen häufig nichts, was sie auf Facebook, Twitter oder Instagram sehen, Stichwort „Fake News". Hier muss es Möglichkeiten geben, den Umgang mit den Medien zu schulen, in Form von Informatikunterricht zum Beispiel, doch kommt es daraufhin zur Debatte mit Lehrern behaupten die meisten Lehrkräfte, dass Jugendliche doch schon längst mit allem vertraut sein müssten, es sei doch ihr Anliegen und ihre Generation, die mit dem Internet groß wird. Eine mehr als peinliche Aussage, wie viele Kritiker des jetzigen Bildungssystems finden. Auch wenn der Umgang mit Medien vielen schwer fällt, so fällt den meisten Jugendlichen der Umgang mit Programmen noch schwerer. Ein Beispiel: Ein Erdkundelehrer gab meinem Kurs als Hausaufgabe auf ein Diagramm zur Herkunft von Touristen auf Bali zu erstellen. Insgesamt konnten nur 5 von 23 Schülern ein mit dem Computer erstelltem Diagramm am gewünschten Tag vorzeigen. Die restlichen 18 hatten per Hand gezeichnete Torten- oder Balkendiagramme parat, die häufig durch ungenaues Zeichnen oder falscher Anteile in den Diagrammen wenig hergaben. Daraus resultierte, dass der Kurslehrer dem Erdkundekurs an seinem Laptop zeigte, wie man ein Diagramm mit Excel erstellt. Viele Schüler hatten entweder keine Ahnung oder keine derartigen Programme zur Verfügung. Kritiker schreien natürlich auf und behaupten, dies sei doch nur ein anekdotischer Bericht ohne jegliche statistische Aussagekraft, doch hört man sich bei Schülern um, stellt man fest, dass dies kein Einzelfall ist. Auch hier sollte es Schulungsmöglichkeiten geben und/oder Programmangebote für Schüler.
Informatik als Pflichtschulfach?

Immer wieder diskutiert, häufig präferiert, dann wieder als Schwachsinn abgetan. Die endlose Debatte beim Thema, ob man Informatik als verpflichtendes Schulfach einführen sollte oder nicht. Für Lehrer und führende Politik scheint der Fall klar zu sein: Es ist nicht nötig. Und ja, wenn man Mathe am Computer, was derzeit noch als Angebot des Informatikunterrichts ab der Sekundarstufe 1 in Form von Differenzierungskursen oder IT-Klassen bezeichnet wird, dann ist der Informatikunterricht auch nicht nötig. Mathe und Informatik sind nicht das Gleiche, doch das will man offensichtlich nicht verstehen. Informatik müsste den Umgang mit Medien, das Arbeiten mit Programmen, spezifischeres Arbeiten mit Computern und Internet (zum Beispiel Webdesign, Programme schreiben, etc.) und die Funktion, beziehungsweise Funktionen, eines PCs vermitteln. Nur weil etwas mit 0 und 1 arbeitet, wobei 0 und 1 nur dafür steht, ob Strom fließt und nicht, ist es noch lange nicht pure Mathematik. Doch nicht nur Informatik sollte dort ansetzen. Im Rahmen des Deutsch- oder Politikunterrichts könnte man Medienkompetenz schulen, Mathe und gesellschaftswissenschaftliche Fächer könnten bei einigen Programmen den Umgang schulen und Naturwissenschaften könnten das Erstellen von zum Beispiel Simulationen näher bringen. Der Informatikunterricht muss jedoch phasenweise und

© KONIG / photocase.de

nicht von heute auf morgen etabliert werden. Die Digitalisierung bietet im Punkt Bildung, wie man sieht, ein breites Spektrum an Möglichkeiten, auch präsentieren von mit PowerPoint erstellten Referaten fällt leichter. Die Realität jedoch sieht anders aus. Lehrer, die Beamer nicht ankriegen oder mit dem Laptop nicht verbinden können, statt PowerPoint-Präsentationen heißt es: „Ich habe euch dazu eine Folie mitgebracht", und statt Diagrammen in Präzision heißt es: „Schlagt im Buch Seite 49 auf!" Man müsste in vielen Schulen bei null anfangen, Lehrer müssten dementsprechend ausgebildet werden, neue Stellen geschaffen werden, der Unterricht dem angepasst werden. Doch die

„Frontalunterricht in großen Gruppen ist auf lange Sicht nicht effektiv und auch nicht erstrebenswert."

Zeit rennt davon, denn Informatik erhält einen immer höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft und der Arbeitswelt.

Ein weiteres Problem ist die Ausstattung der Schulen. Häufig gibt es einen Computerraum, eine mit einigen Computern ausgestattete Bibliothek und eventuell Laptopwägen. Um allen Schülern digitalisiertes Lernen zu ermöglichen müsste nicht nur eine komplette Schulreform, sondern auch eine viel breitere Ausstattung der Schulen her. Dies wäre zwar teuer, doch es ist nötig um NRW zur besten Bildung der Welt zur verhelfen. Die PCs müssten mit gescheiten Betriebssystemen laufen und nicht mit veralteten Versionen von Windows Vista arbeiten. Gescheite Prozessoren statt Intel Pentium, vernünftige Programme statt beinahe antike Versionen von Word oder PowerPoint, auf Unterrichtsinhalte aufbauende Anwendungen und die Möglichkeit des Erarbeitens Zuhause müssten alles geschaffen und/oder gegeben werden. Andere Staaten haben dies schon teils oder sogar ganz hinter sich, zum Beispiel Finnland, welches weltweiter Bildungsspitzenreiter ist.

Würden sich an den entscheidenden Stellen was verändern, wäre es möglich, Schülern individualisiertes Lernen zu bieten. Der Frontalunterricht in großen Gruppen ist auf lange Sicht nicht effektiv und auch nicht erstrebenswert. Leistungsschwache fallen aufgrund des für sie zu schnellen Unterrichts zurück, Leistungsstarke können ihr Potenzial nicht entfalten und werden in einen Lernzyklus reingezwungen, der sie schwächt, Probleme von einzelnen können nur sperrig behandelt werden, Begabtenförderkurse gehen häufig nur nach Noten statt nach ernstzunehmenden Referenzen und es ergibt sich keine Individualität. Dort muss eingelenkt werden und digitalisiertes Lernen bietet eine Chance. Schülern wäre es möglich, in einem eigenen Tempo zu lernen, in leistungsstarken Fächern vorzuarbeiten und in schwächeren Fächern durch auf sie angepasstes Lernen Probleme aufzuarbeiten und Prozesse zu intensivieren, der Lehrer muss nicht mehr eine viel zu unübersichtliche Menge kontrollieren, sondern greift nur noch bei Problemen ein.

Abschließend lässt sich sagen, dass eine Modernisierung der Schulen, digitalisiertes Lernen und Informatik als verpflichtendes Schulfach notwendig sind um NRW die beste Bildung der Welt zu ermöglichen und den Schülern zu bieten. Vieles muss sich ändern, doch unmöglich ist es nicht…

Marc Wilkowski (14)
ist Schüler und Mitglied der JuLis im Rhein-Kreis Neuss. Erreichen könnt ihr ihn unter marc.wilkowski@gmx.de.

Mit der dualen Berufsausbildung die Mitte stärken

Mit der dualen Berufsausbildung die Mitte stärken
Bildungspolitik in NRW bedeutet unter Rot-Grün meist nur ideologische Schulexperimente oder Überlegungen hinsichtlich der Herabsetzung von Anforderungen, um möglichst alle Schüler, auch gegen ihre Neigungen zur Hochschulreife zu bringen. Dies birgt gleich zwei Risiken. Zum einen gehen so viele Talente verloren, die möglicherweise ihre Stärken und Talente in einem kaufmännischen, handwerklichen oder industriellen Ausbildungsberuf besser zu Entfaltung bringen könnten als in einem Akademischen. Hier muss liberale (Bildungs-) Politik rot-grüner Ideologie die Überzeugung entgegensetzen, dass es nicht das staatliche Ziel sein darf, möglichst alle jungen Menschen, auch gegen deren eigentlichen Willen zu Akademikern zu machen. Liberale (Bildungs-)Politik muss die Grundlage schaffen, dass jeder Bürger sich seinen individuellen Neigungen und Fähigkeiten entsprechend entwickeln kann. Denn nur Entscheidungsfreiheit führt dazu, dass wir ein Land selbstgewisser und zufriedener Bürger sein können.

Eine gute Schul- und Bildungspolitik muss deshalb aufzeigen, welche verschiedenen Wege es gibt, um in das Berufsleben zu starten. Vielen jungen Menschen ist zum Beispiel nicht bewusst, welche Möglichkeiten nach einer kaufmännischen Berufsausbildung auf sie warten.

Ein Beispiel: Jemand beendet mit 16 Jahren seine Schullaufbahn mit dem Hauptschulabschluss und beginnt eine Ausbildung zum Kaufmann im Einzelhandel. Nach dem Abschluss, den er mit 19 Jahren erreicht hat sammelt dieser Kaufmannsgehilfe 2 Jahre Berufserfahrung in seinem Betrieb. Mit nun mehr 21 beginnt er eine Aufstiegsfortbildung zum geprüften Fachwirt für Vertrieb im Einzelhandel. Dieser Lehrgang dauert 3 Jahre. Somit hat die beschriebene Person mit 24 Jahren im europäischen Qualifikationsrahmen das Niveau 6 erreicht. Das bedeutet Gleichwertigkeit mit dem Meister im Handwerk und dem akademischen Bachelor.
Das Beispiel zeigt, dass es mehr als nur einen Weg zu höherer Qualifikation und Karrierechancen gibt. Zum anderen gibt es neben der Kritik auf der Ebene des Einzelnen aber auch die auf der Ebene der Gesellschaft und Volkwirtschaft. Unser duales Berufsausbildungssystem macht unser Land stark und sichert allen Branchen nachhaltig kompetenten Nachwuchs. Viele andere Länder beneiden uns um die starke Vernetzung von Theorie und Praxis, die dafür sorgt, dass in unserem Land jeder ausgelernte Mensch ein Spezialist für seinen Bereich ist.

Eine gute Schul- und Bildungspolitik muss aufzeigen, welche verschiedenen Wege es gibt, um in das Berufsleben zu starten

Die Bedeutung angehender Fachkräfte zeigt sich ja auch darin, dass Unternehmen bereit sind, junge Menschen kostenintensiv 2 bis 3,5 Jahre in ihren Betrieben auszubilden und dafür auch eine Vergütung zahlen.

Statt all diese Vorzüge zu erkennen, beschäftigt sich die Bildungspolitik (so wie zurzeit trauriger Weise in allen Politikfeldern üblich) nur mit denen, die es besonders leicht oder besonders schwer haben. Überzeugte Liberale aber nehmen die unzählig vielen dazwischen in den Fokus. Uns geht es um die, die in pflichtbewusster Stille ihren Beitrag leisten und dafür sorgen, dass unser Land so gut funktioniert wie es funktioniert. Ihnen wollen wir mehr Gehör schenken, uns ihrer Sorgen, Träume und Nöte annehmen. Unser Ziel muss es sein, die Mitte zu stärken und das fängt an bei den angehenden Gesellen, Facharbeitern und Kaufmannsgehilfen.

Eine intelligente Bildungspolitik muss aus diesen Gründen unter anderem die Themen Ausstattung unserer Berufsschulen, Mobilität von Auszubildenden und auch Modernisierung der Lehrpläne auf die Tagesordnung setzen. Im theoretischen Teil einer Bankausbildung sollte sich beispielsweise weniger mit Scheck und Wechsel als mit e-payment Systemen auseinandergesetzt werden.

Stärken wir ab dem 14. Mai in NRW die duale Berufsbildung!

Phillip Becker (25)
ist Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Duisburg und Bezirksgeschäftsführer der Liberalen Schüler Niederrhein. Außerdem ist er gelernter Bankkaufmann und aktuell dualer Student in der Logistik. Erreichen könnt ihr ihn unter:
phillip-becker@hotmail.de.

Quellenangabe: SKunevski / photocase.de

Christian Lindner an der Universität
Das Erfolgskonzept Anfang 2017

Zwei Monate, vier Universitäten, und insgesamt knapp 3000 Studentinnen und Studenten, welche doch auch tatsächlich bei unbeliebten Themen wie Studiengebühren begeistert applaudierten.
Die Veranstaltungsreihe „Christian Linder an der Universität…“ erwies sich als ein voller Erfolg für alle teilnehmenden Liberalen Hochschulgruppen, namentlich Aachen, Münster, Bonn und im weiteren Sinne auch Bielefeld (dort war der Termin mit der lokalen FDP abgestimmt und durchgeführt).

Doch worüber genau wurde eigentlich gesprochen? Neben dem in Universitäten nicht überraschenden Thema Bildungspolitik stellte sich Lindner allen Fragen der Anwesenden, die ihnen unter den Nägeln brannten. Doch fangen wir von vorne an…

Der erste Termin der Veranstaltungsreihe war am 24.01.2017 an der RWTH Aachen.

Von dieser Veranstaltung dürften mit der Vorstellung der Landtagswahlkampagne der FDP NRW nun alle Mitglieder der Freien Demokraten und der Jungen Liberalen gehört haben, vielleicht auch nur unwissentlich, wurde doch ein Foto der Veranstaltung genutzt und als Plakat für die Landtagswahlkampagne vorgestellt.

Ein brechend voller Hörsaal, sonst bekannt nur vom Semesterbeginn, wenn man sich die Passwörter für die Veranstaltungen sichern möchte. Beginnend mit einem Plädoyer für den europäischen Gedanken, liegt der Brexit nach all den Monaten doch immer noch schwer im Magen, ging es weiter mit dem, was das vornehmlich studentische Publikum interessierte: Hochschulpolitik.

So brachte Lindner der Zuhörerschaft das Thema Studiengebühren näher. Bedingt dadurch, dass gute Lehrqualität und dementsprechende Ausstattung teuer seien, weshalb auch die Studierendenschaft gefragt sei, ihren Beitrag zu ihrem Studium zu leisten. Hierbei stellte er dann das Modell der nachgelagerten Studiengebühren vor, welches dann doch auch auf Verständnis und lautstarken Applaus stieß.

In Münster dann am 31.01.2017 stand erneut das Thema Bildungspolitik auf dem Plan. Hier verknüpfte Lindner dies aber mit einem weiteren Kernthema, der Digitalisierung. Als herausragendes Negativbeispiel in Sachen Digitalisierung im Bildungssektor diente hier die Möglichkeit, den BAFöG-Antrag online anzufertigen. Dies funktioniert nämlich nur richtig in Verbindung mit dem passen-

den Lesegerät für den neuen Personalausweis. Da dieser aber, gelinde gesagt, eher selten zu finden ist, insbesondere in studentischen Haushalten, sei die Idee, digitaler zu werden sachlich zwar nicht falsch, jedoch nur halbherzig durchgeführt. So sei Deutschland das einzige Land, das die Digitalisierung nutzt, um mehr Bürokratie aufzubauen, so Lindner.

Bonn am 08.02.2017 stellte eine Besonderheit dar als letzte Veranstaltung, welche mit der Friedrich-Naumann-Stiftung zusammen organisiert war. Anders als bei den vorangegangenen Veranstaltungen wurde hier ebenfalls auch ausnahmsweise nicht nur über Bildungspolitik gesprochen. Hier waren die Fragen sehr divers und ebenso konkret, ging es der Studierendenschaft hier auch um das Thema Düngung, das Landesbeamtengesetz bis hin zur Gesundheitspolitik. Stimmungstechnisch bewegte es sich ebenfalls auf einem anderen Niveau, war diese nämlich anders als bei den vorangegangen Veranstaltungen schwer zu beschreiben, irgendwo zwischen leichter Anspannung und lockerem Polittalk lässt es sich wohl am besten verorten.

Die letzte Veranstaltung dieses Blocks war dann die Veranstaltung in der Bielefelder Universität am 13.02.2017. Auch hier stellte die Veranstaltung einen vollen Erfolg dar für alle Beteiligten, gab es dort auch diverse Neueintritte bei den Jungen Liberalen und den Freien Demokraten. Unterschied sich die Veranstaltung zwar thematisch nicht von den anderen, so ist hier aber die Debattenkultur an der Universität hervorzuheben. In dem als „museal“ beschriebenen Hörsaal wurde heiß über das Thema Bildung diskutiert und was dieses denn bedeute, ob es nun mit Leistung gleichzusetzen sei oder nicht.

Was bleibt nun also als Fazit hängen nach diesen Veranstaltungen?

Sicher ist, dass man selten mehr junge Leute gleichzeitig erreicht, sowie dass sich ein solches Format für alle Beteiligten lohnt. Denn grade in den heutigen Zeiten stellt es einen Luxus dar, welchen man sich nicht mehr leisten kann, wenn man keine Meinung hat und zu dieser Stellung bezieht.Wenn also jemand sich ebenso an diesem Veranstaltungsformat beteiligen möchte, die Liberalen Hochschulgruppen NRW helfen gerne bei der Planung und der Ausführung.

Florian Kluge (21)
studiert Rechtswissenschaften an der Universität Bielefeld und ist Beisitzer im Bezirksvorstand der JuLis Ostwestflen-Lippe. Erreichen könnt ihr ihn unter florian.kluge1995@outlook.de.

Ich will noch 'n bisschen tanzen!

JuLi-Forderungen im Landtagswahlprogramm der FDP NRW.

Nachdem wir uns auf dem Landeskongress in Rheine im Herbst letzten Jahres ein eigenes Landtagswahlprogramm gegeben haben, fragt ihr euch berechtigterweise: „Was ist damit eigentlich passiert?“ Im Folgenden will ich euch eine kurze Übersicht geben, welche der Forderungen aus unserem eigenen Wahlprogramm es in das Wahlprogramm der FDP NRW geschafft haben und wo noch (teils deutliche) programmatische Unterschiede bestehen.

Die gute Nachricht zuerst: wir konnten sehr viele der Forderungen aus unserem Landtagswahlprogramm in das Wahlprogramm der FDP einbringen und auch erfolgreich öffentlich verteidigen. Die sichtbarsten Erfolge konnten wir dabei auf dem Landesparteitag letzten Herbst feiern, auf welchem das Landtagswahlprogramm der FDP NRW beraten wurde.

Unter den vier Änderungsanträgen, die wir auf dem Landesparteitag noch versucht haben in den finalen Entwurf des Landtagswahlprogramms einzubringen, befand sich auch eine unserer langjährigen Klassiker-Forderungen: die Abschaffung des Tanzverbots an stillen Feiertagen. Und was soll ich sagen – wir haben es geschafft! Die Abschaffung des Tanzverbots an stillen Feiertagen ist jetzt Beschlusslage der FDP NRW. Mit einer geschickten Formulierung konnten wir die Mehrheit der Delegierten überzeugen. Nach dem beschlossenen Konzept soll das Tanzverbot in einem ersten Schritt nur noch für bundeseinheitliche stille Feiertage bestehen (das betrifft nur den Karfreitag, den Volkstrauertag und den Totensonntag). In einem zweiten Schritt soll das generelle Tanzverbot auch an diesen Tagen aufgehoben werden und durch individuelle Lärmschutzwerte ersetzt werden, durch welche eine Abwägung im Einzelfall möglich wird.

Als zweiten großen Erfolg können wir die Entscheidung des Parteitags für eine komplette Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten bezeichnen. Es standen im Programmentwurf zwei Optionen zur Auswahl, unter welchen die weitergehende vom Parteitag nach einer hitzigen Debatte (und einigem Hin und Her) gewählt wurde. In die Debatte, für welche die Rednerliste geöffnet wurde, sodass nicht nur Antragsbegründungs- und Verteidigungsrede zugelassen waren, brachten sich unglaublich viele JuLi-Delegierte ein, die für ein breites Angebot an Argumenten sorgten. Das beschlossene Konzept sieht vor, dass das allgemeine Verkaufs- und Dienstleistungsverbot an Sonn- und Feiertagen aufgehoben wird. An seine Stelle tritt eine vollumfängliche Selbstbestimmung über die Ladenöffnungszeiten durch den Einzelhandel. An dieser Stelle noch einmal Danke an alle, die wortgewaltig mitgeholfen haben!

Bereits im Vorfeld des Landesparteitags, in der Entwicklungsphase des Wahlprogramms der FDP NRW, konnten wir Erfolge verzeichnen. Die folgenden 13 (verkürzt dargestellten) Forderungen konnten wir komplett unverändert unterbringen:

-Abschaffung zeitlicher Ausgehbeschränkungen für den Besuch von Gaststätten, Tanzveranstaltung usw. für Jugendliche ab 16 Jahren.

-Jugendliche ab 16 Jahren selbst Anspruchsberechtigte des Kindergeldes, sofern sie einen eigenen Haushalt führen.

-Flexibilisierung des Studiums durch die Ausweitung von Teilzeit- und Fernstudienangeboten, Live-Streams und verpflichtende Onlineangebote von Vorlesungsinhalten sowie die Prüfung der Anerkennung von im Rahmen von MOOCs (Massive Online Open Course) erworbenen Zertifikaten als Studienleistung.

-Einrichtung von sogenannten 24-Stunden-KiTas für Schicht- und Nachtarbeiter sowie verstärkte Profilbildungen von Kindertagesstätten und Kindergärten.

-Ablehnung eines Alkoholverbots in der Öffentlichkeit sowie Verkaufsverbote von Alkohol in bestimmten Zeiten und Sperrstunden für Gaststätten.

-Ersetzung des Das Rauchverbots in Gaststätten durch die Entscheidung des Gastwirts. Solange Bewirtung angeboten wird, soll es aber weiterhin einen rauchfreien Speiseraum geben.

-Verpflichtung der Förderbanken auf ideologische Neutralität bei der Vergabe von Gründungsförderung und anderen Förderkrediten.
-Die Einführung eines Berichts „Monitoring Schuldenbremse“ des Landesrechnungshofs, der jährlich fortzuschreiben ist.

-Einrichtung und Angebot eines freiwilligen Bügerserviceprofils, welches für jeden Bürger über seinen Personalausweis zugänglich sein soll und sowohl Behördengänge vereinfacht als auch Informationen liefert.

-Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Freifunkinitiativen.

-Ausspruch gegen jede Form unbegründeter Geschwindigkeitsbegrenzungen, vor allem aus nicht nachgewiesenen Umwelt- und Lärmschutzgründen.

-Einrichtung flächendeckender Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Internetkriminalität beispielsweise angegliedert an bereits existierende Schwerpunkstaatsanwaltschaften für Wirtschaftskriminalität.

-„Therapie statt Strafe“ als Leitprinzip für aufgrund ihrer Sucht straffällig gewordene Personen.
In veränderter Form konnten wir folgende fünf (verkürzt dargestellten) Forderungen unterbringen, die in der Form der Übernahme teilweise sogar über unsere eigenen Forderungen hinausgehen:

-Herabsenkung der Altersgrenze für das begleitete Fahren von derzeit 17 auf 16 Jahre.

-Entlastung von Lehrkräften und Pädagogen von überbordenden Dokumentationspflichten, Unterstützung der Schulleitungen und Lehrkräfte durch Schulverwaltungsassistenzen. Verpflichtung zum Vorhalten eines vollwertigen Sekretariats auch in Grundschulen.

-„Ausweitung“ des Fachunterrichts Informatik.

-Unterstützung bei der Wohn- und Unterbringungssituation von Auszubildenden. Die FDP fordert hier nicht nur die Öffnung der Studierendenwohnheime, sondern die Schaffung von Auszubildendenwerken nach dem Vorbild der Studierendenwerke. Z.B. in Zusammenarbeit Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern.

-Ablehnung von der Begleitung von Schwertransporten und Objektschutz als Polizeiaufgaben.

Wo Licht ist, ist aber bekanntlich auch immer Schatten. Anhand der deutlichen Ablehnung mancher unserer Forderungen, lassen sich die weiterhin bestehenden prinzipiellen Trennlinien zwischen JuLis und FDP sehr gut nachvollziehen.

Ein großer Unterschied in den programmatischen Ansichten besteht weiterhin beim Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Die FDP betont hier, dass sie die vielfältigen Angebote bekenntnisorientierten Religionsunterrichts befürwortet. Sie möchte sich außerdem für flächendeckende Einführung von Islamunterricht einsetzen. Damit stehen sie in starkem Kontrast zu unserer JuLi-Programmatik, die den Religionsunterricht an staatlichen Schulen komplett durch ein weltanschaulich neutrales Fach Philosophie/Ethik/Religionskunde ersetzen möchte.

Bedauerlicherweise ist der Trend zur Deregulierung, den die FDP gerade bei Versandapotheken entdeckt hat, nicht kohärent adaptiert worden. Für unsere Forderung einer Liberalisierung des Taximarktes hat es deshalb nicht gereicht. Hier war man nicht einmal mutig genug, durch eine Lockerung des Konzessionssystems in Ballungs- und Metropolregionen den Versuch zu unternehmen, die Situation für Konsumenten zu verbessern.

Enttäuscht hat auch die weiterhin beharrliche Weigerung zur Annahme einer progressiven Position beim Thema öffentlich-rechtlicher Rundfunk. Im Wahlprogramm wird zwar eine kritische Überprüfung der Strukturen gefordert. Gleichzeitig wird aber der Status Quo dahingehend zementiert, dass man sich gegen eine Ausweitung des Online-Angebots ausspricht. Hier muss noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden.
Lobend zu erwähnen ist hingegen, dass die Beschlusslage zur kontrollierten Abgabe von Cannabis sich bereits in der ersten Entwurfsfassung des Landtagswahlprogramms befand. Die Position scheint sich festzusetzen. Das lässt für die Zukunft der neuen Forderungen, die wir in das Programm einbringen konnten, in der FDP-Programmatik hoffen.
Zwei abschließende Bemerkungen zum Thema Wahlrecht ab 16 Jahren und der Debatte um G8/G9. In das Wahlprogramm der FDP wurde bezüglich der Entscheidung G8/G9 bewusst kein fertig ausgestaltetes Konzept übernommen. Ein solches wird von der schulpolitischen Sprecherin erarbeitet. An dieser Arbeit durften wir mitwirken und konnten auch unsere Forderung nach einer langfristigen Modularisierung der Oberstufe, ähnlich wie an Hochschulen, mit einbringen. Unser Konzept der Vor-Volljährigkeit, inklusive eines Wahlrechts ab 16 Jahren, konnten wir noch nicht in Gänze umsetzen. Allerdings haben wir (wie in den Forderungen oben zu sehen) auf dem Weg dahin wieder kleine Teilerfolge errungen. Dies wird auch der Weg für die Zukunft sein, um unser Konzept letztlich umzusetzen. Immer wieder darauf hinzuweisen, dass große Teile des Konzepts schon Beschlusslage der FDP NRW sind und es nur noch ein kleiner Schritt dazu ist, dem Kind den richtigen Namen zu geben.

Letztlich ziehe ich persönlich ein positives Fazit. Wir konnten viele Forderungen unterbringen, die ohne Änderungen und ohne großen Widerstand übernommen wurden. So konnten wir uns als wertvolle und gute Ideengeber der FDP weiter profilieren. Mit der einen oder anderen Niederlage ist außerdem klar definiert, an welchen Stellen wir auch künftig am Ball bleiben müssen. Die Gefahr, dass wir irgendwann keine Reibungspunkte mehr finden, sehe ich indes nicht. Es gilt die alte Weisheit: das Gute ist nicht der Feind des Besseren. In diesem Sinne, lasst uns weiter so ideenreich sein und die FDP programmatisch voranbringen!

Teresa Widlok (27)
ist die stellvertretende Landesvorsitzende der JuLis NRW für Programmatik. Erreichen könnt ihr sie unter teresa.widlok@julis-nrw.de.

Wir suchen dich als Autor/in für die kommenden Ausgaben des julimagazins!

Du schreibst gern und möchtest das julimagazin grundsätzlich als Autor/Autorin unterstützen, bist dir aber noch nicht sicher, ob dich die Themen der nächsten Ausgabe interessieren? Dann lass' dich in unseren Autorenverteiler aufnehmen. Wir schicken dir vor jeder neuen Ausgabe die geplanten Themen und wenn etwas für dich dabei ist, kannst du uns Bescheid geben und mit dem Schreiben loslegen. Selbstverständlich kannst du uns auch eigene Vorschläge machen, wir freuen uns auf deine Ideen.

Melde dich einfach bei Benita (benita.henning@julis-nrw.de)!

BUNTE SEITE DER VERBÄNDE

JuLis Wuppertal: Die AfD argumentativ stellen

Die Jungen Liberalen Wuppertal beziehen Stellung zum offenen Brief des Wuppertaler Bündnisses gegen Nazis: Anstelle von Ausgrenzung und Boykott der AfD wollen wir das Gespräch mit allen politischen Parteien im Tal suchen. Denn wir sind der Übezeugung - Wer der Diskussion wie die Linkspartei ausweicht, macht es sich damit zu einfach.

Argumente statt Ausgrenzung
Der Wuppertaler Kreisverband der Partei DIE LINKE hat eine Antwort auf den offenen Brief des Wuppertaler Bündnisses gegen Nazis gegeben. Die Partei wolle sich in keinster Weise an einer offenen Diskussion mit Vertretern der Alternative für Deutschland beteiligen. Als Beispiel wird hier eine Podiumsdiskussion genannt. „Es ist die Überzeugung der Jungen Liberalen Wuppertal, dass Diskussionen auch mit der AfD geführt werden müssen. Es ist für uns völlig unverständlich, sich in einer solchen Lage vor einem offenen Austausch zu sperren. Solche Verweigerungen von Seiten einer politischen Partei erwecken den Eindruck, man hätte etwas zu befürchten, wenn man sich mit der AfD in eine Debatte begibt. Dies ist ob derSubstanzlosigkeit ihrer Argumente absolut nicht der Fall.“ so Gérard Ulsmann.

Haltung zeigen und vernünftig diskutieren
„Die Wuppertaler Parteien sollten sich so oft wie möglich in eine Diskussion jeglicher Art mit Vertretern der AfD begeben, und sie auf dieser öffentlichen Plattform argumentativ stellen. Die AfD ist zuerst einmal eine politische Partei, mit der genauso umgegangen werden muss wie mit jeder anderen Partei auch. Wer sich vor der Diskussion mit ihnen verschließt, bezeugt nur die parteieigene politische Hilfslosigkeit.“ so Gérard Ulsmann weiter.

Die Jungen Liberalen Wuppertal werden weiterhin einen politischen Diskurs mit jeder Partei im Tal anstreben und das Anliegen des Wuppertaler Bündnisses gegen Nazis nicht unterstützen, da es der AfD eine politische Sonderstellung zuweist, die wir in dieser Form nicht akzeptieren werden.

Junge Liberale Solingen sammeln 1.300€ Spendengelder für Kinderhospiz

„Niemand von uns hätte gedacht, dass wir so viele Spenden sammeln würden.", teilte uns Vorstandsmitglied Sina Breuer mit. Die Jungen Liberalen hatten am 15.01. ihr Hallenfußballturnier den JuLis Cup veranstaltet um Geld für das Kinderhospiz Burgholz zu sammeln. Das Turnier war ein voller Erfolg und lockte über 200 Zuschauer an.
„Wir danken allen Teams die daran teilgenommen haben und dies möglich gemacht haben.", so Jan Klein, Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen in Solingen.
Teilgenommen an dem Turnier hatten Mannschaften unter anderem aus Solingen, Köln und Leverkusen. Die Spenden stammen vor allem aus dem Verkauf von Würstchen, Kuchen und Getränken. Das Kinderhospiz Burgholz zeigte sich erfreut und überrascht über die Höhe der Spenden. Mit dem Geld könne man vielen Kindern helfen, hieß es. Auf die Frage, ob der JuLis Cup öfter stattfinden wird, antwortete der Vorsitzende der JuLis, Jan Klein: „Wir befinden uns gerade in der Planung weiterer Events." Worum es sich dabei genau handelt, wollte man uns allerdings nicht verraten.

Vorstandswahlen der Jungen Liberalen Lippe: Kreisverband reaktiviert

Im Februar wählten die Jungen Liberalen im Kreis Lippe im Lemgoer Stadtpalais ihren neuen Vorstand. Die neue Kreisvorsitzende ist die 20-jährige Lagenserin Benita Henning, die außerdem für den Landtag kandidiert. Henning sagte in ihrer Antrittsrede: „Ich freue mich wirklich, dass es bei uns im Kreis Lippe so viele politisch interessierte junge Menschen gibt. Gemeinsam werden wir es schaffen, viele Erstwähler von den Freien Demokraten überzeugen zu können. In keiner anderen Partei werden junge Leute von der ersten Minute an so toll mit eingebunden." Nach einem Grußwort des FDP-Kreisvorsitzenden Markus Schiek wurden Hennings Stellvertreter gewählt: Lena Einhorn und der Tim Brinkmeier (beide aus Lemgo) als Schatzmeister. Ergänzt wird der Vorstand durch die Beisitzer Jannik Rehmsmeier (Extertal), Manuel Trometer (Dörentrup) und Felicia Henning (Lage).

INTERVIEW CHRISTIAN LINDNER

Herr Lindner, Sie sind der Spitzenkandidat der FDP sowohl für die Landtagswahl in NRW als auch für die entscheidende Bundestagswahl. Wie rechtfertigen Sie diese Doppelkandidatur?

Meine Freundinnen und Freunde im Parteivorstand und der Fraktion haben mich darum gebeten. Damit unser Land endlich wieder vorwärts kommt, brauchen wir eine andere Landesregierung – und einen Wechsel der Politik im Bund. Die Landtags- und die Bundestagswahl sind miteinander verbunden. Eine Stimme im Mai für die Freien Demokraten in NRW hat quasi doppeltes Gewicht. Wer die FDP bei uns stark macht, sendet ein Signal an die restliche Republik. Ich will für die Phase der Regierungsbildung Mitglied des Landtags sein, um Einfluss nehmen zu können. Wir wissen nicht, was nach der Wahl kommt. Dem Land droht eine schwierige Konstellation. Gemeinsam mit Joachim Stamp und unserem Team würden wir Gespräche führen oder das Programm einer neuen Regierung aus liberaler Sicht bewerten. Für alle Wähler ist aber klar: Ich bewerbe mich für die Freien Demokraten um ein Mandat im Deutschland Bundestag und sehe ab Herbst meine politische Tätigkeit in Berlin.

Wie sollen die Freien Demokraten Ihrer Meinung nach die EU attraktiver für Bürgerinnen, Bürger und Mitgliedsstaaten gestalten?

Wir wollen Europa besser machen, weil wir wissen, was wir daran haben. Als exportorientiertes Land profitieren wir vom Binnenmarkt wirtschaftlich enorm, der Wegfall der Grenzkontrollen und das freie Reisen sind große Errungenschaften – vor allem aber ist Europa unser Friedensgarant. Wir wollen ein Europa, das sich auf seine Stärken besinnt und sich der großen Fragen annimmt, aber nicht den Alltag der Bürgerinnen und Bürger bürokratisiert. Bürgerrechte, Binnenmarkt, Datenschutz – das sind Aufgaben, bei denen europäische Standards Sinn machen. Und ein effektiver Schutz der europäischen Außengrenze würde Deutschland und die anderen Länder in der Flüchtlingsfrage aus der Abhängigkeit der Türkei befreien. All das sind Themen, bei denen ich mir mehr und nicht weniger Europa wünsche. Entscheidend ist aber auch, dass europäische Regeln wieder eingehalten werden. Es war ein Fehler, dass Deutschland europäisches Recht beim Zuzug der Flüchtlinge dauerhaft außer Kraft gesetzt hat. Genauso wie es ein Fehler war, dass die Kriterien, die für die Stabilität des Euro wichtig sind, inzwischen nur noch sowas wie eine unverbindliche Empfehlung sind. Wer den Akzeptanzproblemen Europas entgegenwirken will, muss umso mehr darauf pochen, dass die europäischen Regeln auch eingehalten werden.

Und um zurück nach Nordrhein-Westfalen zu kommen – wie soll die FDP ihre

Programmatik im Land durchsetzen? Sehen sie für die FDP NRW Koalitionsoptionen nach der Wahl?

Nach sieben Jahren rot-grüner Politik ist unser Land fast überall heißer Anwärter auf die rote Laterne: Wirtschaftswachstum, Qualität der Bildung, Verschuldung, Einbruchszahlen. Hannelore Kraft wollte mal kein Kind zurücklassen, das Ergebnis jetzt ist: Die Kinderarmut in NRW ist gestiegen. Wir wollen die Politik hier ändern. Deshalb wollen wir Rot-Grün ablösen und nicht verlängern. Deshalb wird es in NRW keine Ampel geben, das haben ich, Joachim Stamp und die Führungsgremien der FDP in NRW einmütig so gesagt. Ansonsten müssen wir abwarten, was die Wählerinnen und Wähler entscheiden. Entscheidend für uns ist: Wir wollen Verantwortung übernehmen, aber nur, wenn wir hinreichend viele unserer Projekte umsetzen können. Wenn das in einer Konstellation nicht möglich ist, ist es umso dringlicher, dass wir als Opposition im Landtag eine liberale Alternative aufzeigen.

„Wer ein Bild vom Zustand der Bildung in NRW bekommen will, muss nur auf den Zustand unserer Schulgebäude schauen."

Die FDP hat sich die „Weltbeste Bildung" auf die Fahnen geschrieben. Aber wie genau soll diese Bildung aussehen?

Wer ein Bild vom Zustand der Bildung in NRW bekommen will, muss nur auf den Zustand unserer Schulgebäude schauen. Wir wollen, dass man künftig schon daran die Wertschätzung ablesen kann, die wir unseren Kindern entgegen bringen. Warum sollten wir uns mit weniger zufrieden geben? Bildung ist der Schlüssel, damit der Einzelne sein Leben in die Hand nehmen und sich selbst verwirklichen kann. Dazu gehört, dass Kinder nach ihrem Talent und nicht nach ihrer Herkunft gefördert werden. Und dass wir Lehrerinnen und Lehrer die Ausbildung und Freiräume zukommen lassen, dass sie Spitzenleistung bringen können. Wir wollen die Schulen vor Ort stärken – mit einem Schulfreiheitsgesetz. Die besten Experten für Bildung vor Ort sitzen doch nicht im Ministerium in Düsseldorf, sondern sind Lehrer, Eltern und Schüler. Ihren Einfluss auf Organisation, Finanzen und Pädagogik der Schulen vor Ort wollen wir aufwerten. Dazu zählt auch die Frage, ob etwa ein Gymnasium das Abitur nach acht oder neun Jahren anbietet. Mit landesweit 30 Talent-Schulen wollen wir außerdem soziale Nachteile überwinden. Diese Top-Gymnasien sollen gerade dort entstehen, wo sie am Dringendsten benötigt werden – also in kinderreichen Stadteilen mit sozialen Herausforderungen. Wir wollen den Weg ans Gymnasium damit leichter machen und Bildungsaufstieg ermöglichen. Klar ist aber auch, dass der Weg zur weltbesten Bildung ein so ehrgeiziges Projekt ist wie seinerzeit die Mondfahrt. Deshalb muss sich auch der Bund stärker finanziell bei Bildungsfragen einbringen.

Zu guter Letzt noch eine Frage, die alle Wahlkampfthemen beinhaltet: Wie möchten Sie mit der FDP Nordrhein-Westfalen zum fortschrittlichsten Bundesland machen?

Wir finden: NRW ist ein starkes Land. Aber es wird seit Jahren schwach regiert – das wollen wir ändern. Wir glauben: Jeder Einzelne hat das Recht darauf, seinen Traum zu verwirklichen. Und das Recht auf eine Landesregierung, die dabei unterstützt, statt Steine in den Weg zu legen. Uns geht es darum, Mut zu machen und dafür zu sorgen, dass Mut sich auszahlt. Denn wir wissen: Jeder Einzelne hat es in der Hand: Veränderung, Chancen, Aufbruch. So kann NRW wieder in Bewegung kommen – und zum Spitzenreiter werden. Mit weltbester Bildung wollen wir jeden Einzelnen stark machen, dass er sein Leben selbst in die Hand nehmen kann. Wir wollen einen Politikwechsel für Wachstum Startups, Handwerk, Mittelstand und Industrie – sie alle sollen wieder durchstarten können. Denn in einer wachsenden Gesellschaft gelingt jedem sozialer Aufstieg leichter. Unsere Ziele: NRW wird das Gründerland Nr. 1. Und bleibt das Energieland Nr. 1.. Und wir die Chancen der Digitalisierung für unser Land nutzen. Damit NRW Innovationsland wird, müssen wir alte Regeln abschaffen und einen fairen Wettbewerb schaffen. NRW soll Vorreiter werden für innovative Technologien. Selbstfahrende Autos, modernste Telemedizin oder digitales Lernen sollen weltweit mit unserem Land verbunden werden. Wir wollen aber auch das Land modernisieren: Offenes WLAN in Landeseinrichtungen gehört genauso dazu, wie ein digitales Bürgeramt, mit dem wir digitale Dienstleistungen für alle Belange von zu Hause aus möglich machen. Es wird Zeit, dass NRW sich von der roten Laterne trennt und wieder einen neuen Ehrgeiz entwickelt.

INTERVIEW MIT MORITZ KÖRNER

Moritz, was sind deine Ziele, wenn du in den Landtag kommst?

Ich möchte vor allem eine Stimme der jungen Generation sein und frische Ideen in den Landtag bringen. Dabei sind mir vor allem drei The-Wmen wichtig:

Wir brauchen Generationengerechtigkeit und zwar sofort! NRW darf nicht mehr neue Schulden auf dem Rücken der jungen Generation machen. Wir brauchen mehr digitale Bildung, damit Jugendlich später in den Jobs der Zukunft arbeiten können. Außerdem ist mir wichtig, dass Jugendliche und ihre Lebensrealität in der Politik im Landtag eine Rolle spielt. Ob Schüler, Auszubildende oder Studenten – Politik muss sich stärker auch auf die junge Generation konzentrieren!

Sollte die FDP sich schon vor den Landtagswahlen zu einem möglichen Koalitionspartner bekennen?

Nein! Wir sind eine eigenständige Partei und kämpfen für unsere liberalen Inhalte. Ich finde es richtig, dass wir die Ampelkoalition ausgeschlossen haben, weil wir nicht 7 Jahre lang die rot-grüne Regierung heftig kritisieren und dann einfach gemeinsam deren Politik fortsetzen können. Das wäre nicht glaubwürdig.

Darüberhinaus sollte die FDP sich aber nur auf ihre eigenen Inhalte konzentrieren. In welche Koalitionen wir gehen, sollten wir nur davon abhängig machen und nicht von einer gefühlten Nähe zu irgendwelchen Parteien oder politischen Lagern. Und wenn wir unsere Inhalte nicht umsetzen können, dann gehen wir eben in die Opposition. Das haben wir aus unserer Niederlage von 2013 gelernt.

Wie würde NRW aussehen, wenn die FDP in Regierungsverantwortung kommt?

NRW wäre das modernste Bundesland. Mit bester Bildung, weil wir jeder einzelnen Schule mehr Freiheit geben und dadurch Wettbewerb und Qualität in der Schule ermöglichen. Mit digitaler Verwaltung, weil alle Behördengänge dann ganz einfach online über ein Online-Bürgeramt möglich sind. Mit fließendem Verkehr, weil wir gegen den Stillstand in unserem Land alles in Bewegung setzen - Planungskapazitäten schaffen, mehr in die Infrastruktur investieren und intelligentes Baustellemanagement möglich machen.

Momentan scheint es, als wenn rechtsextreme Parteien in Europa weniger Zuspruch bekommen, die Wahlen in den Niederlanden haben das gezeigt. Woran kann das liegen?

Es wird nach der Trump Wahl immer deutlicher, dass Populisten keine Lösungen für die komplexen Probleme haben. Gerade mehr junge Menschen engagieren sich jetzt und das ist gut so.

Im Saarland ist die FDP leider nicht in den Landtag gekommen. Wie hast du den Wahlkampf dort erlebt und denkst du, dass dieses Ergebnis auch Auswirkungen auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben wird?

Das Saarland ist ein schwieriges Pflaster für die FDP. Beim letzten Mal hatten wir dort sogar nur 1,2%. Es ist sehr schade für die saarländischen Wahlkämpfer. In Köln wählen aber bei jeder Kommunalwahl ungefähr so viele Menschen, wie jetzt im Saarland. Ich rechne daher nicht mit großen Auswirkungen auf die NRW Wahl.

ALEXANDER BROCKMEIER
2. SPITZENKANDIDAT DER JULIS NRW

Alexander, du bist der zweite Spitzenkandidat der JuLis NRW für die Landtagwahl. Aber was machst du, wenn du nicht politisch unterwegs bist?

Ich habe das letzte Jahr viel Zeit in der Bibliothek vor dem Schreibtisch verbracht und erfolgreich mein erstes juristisches Staatsexamen in Münster abgelegt. Jetzt geht es mit dem Schwerpunkt und Referendariat weiter. Nebenbei verdiene ich mein Geld an zwei Tagen in der Woche in einer mittelständischen Kanzlei. Neben Studium und Politik versuche ich die Zeit für so viel Sport mit meinen Freunden wie möglich zu nutzen. Ich spiele in meinem Heimatverein Hockey und gehe regelmäßig in einem Fitnessstudio trainieren. Im Urlaub gehe ich gerne Windsurfen und Skifahren.

Warum hast du dich für die JuLis und die FDP entschieden?

Seit 2009 bin ich sowohl bei den JuLis als auch bei der FDP aktiv. Ich habe mich schon in der Schule als Klassen- und Schülersprecher engagiert und wollte dann auch etwas in meiner Stadt Rheine bewegen. Ich habe mich dann bei allen Jugendorganisationen informiert und wusste direkt, dass die JuLis und die FDP am besten zu mir passen.

Warum sollte die rot-grüne Landesregierung deiner Meinung nach am 14. Mai abgewählt werden?

Zwei Namen: Frau Löhrmann und Herr Jäger. Die Schulministerin Sylvia Löhrmann hat aus ideologischen Gründen ihr Prestigeprojekt, die Inklusion, voll vor die Wand gefahren. Darunter leiden am Ende des Tages alle Schüler. Gleichzeitig wird die beliebteste Schulform, das Gymnasien, strukturell benachteiligt und kaputtgemacht. Bei Innenminister Ralf Jäger sind katastrophale Kriminalitätsraten, nur übertroffen von noch katastrophaleren Aufklärungsquoten, an der Tagesordnung. Übertroffen werden diese negativen Bilanzen von Ereignissen, wie der Sylvesternacht und dem Fall Anis Amri.

Was sind deine Herzensthemen für den Landtagswahlkampf?

Ländlicher Raum: Der ländliche Raum wird von der Landesregierung aus wahltaktischen Gründen komplett vernachlässigt. Das schadet den ohnehin unattraktiven Regionen. Junge Menschen ziehen lieber weg, wenn Sie studieren oder eine Familie gründen wollen, als sie sich fürs Land entscheiden. Das befördert nur den ohnehin bestehenden Fachkräftemangel. Wir müssen den ländlichen Raum dringend attraktiver für junge Familien und Fachkräfte machen. Bildung: Wir brauchen Schulen, die autonomer organisiert und optimal ausgestattet sind, um individuell jedem Kind den besten Lebenslauf ermöglichen zu können. Die beste Bildung beginnt nicht erst in den Grundschulen. Wir brauchen Kindertagesstätten, die eine bessere finanzielle Ausstattung und einen optimalen Kinderbetreuungsschlüssel haben, damit jedes Kind schon früh den besten Grundstein gelegt bekommt. Innere Sicherheit: NRW hat große Defizite, wenn es um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger in NRW geht. Die Innere Sicherheit ist aufgrund einer verheerend Personal- und Sachausstattung in einigen Bereichen unseres Landes nicht mehr existent. NRW muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, um die aktuellen Herausforderungen zu meistern und das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen.

Beschreibe dich selbst mit drei Worten.

Sportlich. Jurist. Süßigkeiten!

ERGO
Versichern heißt verstehen.

„Ich geh jetzt eigene Wege – gibt's da eine sichere Begleitung?"

Die gibt's. Und es ist gut, vom Start weg richtig abgesichert zu sein – mit dem Schutz, den das ERGO Paket *Start* bietet. Vereinbaren Sie gleich einen Beratungstermin mit mir.

Sebastian T. Stachelhaus
Versicherungskaufmann
02151 6535653

sebastian.stachelhaus@ergo.de
www.ergo-stachelhaus.de
facebook.com/ergo.stachelhaus

liberaler mittelstand
Nordrhein-Westfalen

Alle Mittel, welche die Menschen zur Erreichung ihres physischen, intellektuellen und moralischen Wohls anwenden, gedeihen besser als mit Zumischung des Staats.

Wilhelm von Humboldt

Damit Dein Start-up durchstarten kann,
setzen wir uns für Dich ein.

Olaf in der Beek
Landesvorsitzender
des Liberalen Mittelstands NRW

www.Liberaler-Mittelstand.nrw

Liberaler Mittelstand Nordrhein-Westfalen e.V. - Landesgeschäftsstelle, Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, Telefon: 0211. 49 70 940, Fax: 0211. 88 25 31 237, E-Mail: info@liberaler-mittelstand.nrw

Gestaltet durch BTW MARKETING Agentur für visuelle Kommunikation, **www.btw-marketing.de // www.thinkliberal.de**